

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 45 (1969-1970)
Heft: 7

Artikel: Ohne England unmöglich : der gemeinsame Markt und seine europäische Mission
Autor: Gréciano, Georges
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1079235>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ohne England unmöglich

Von Georges Gréciano, Paris

Der Autor dieses Artikels, Georges Gréciano, setzt sich seit Jahrzehnten für die Verständigung zwischen dem französischen und dem deutschen Volk ein. Er war zwischen den beiden Weltkriegen Sekretär des französischen Botschafters Hennessy, der vom gleichen politischen Anliegen erfüllt war. Heute ist er Präsident der französischen Sektion des «Internationalen Kultur- und Austauschzentrums».

Wie ermutigend es auf die friedlich eingestellten Massen unseres Kontinents wirken würde, wenn wir sagen dürften: «Das goldene Tor Europas ist nun offen, und das Licht, welches auf uns strahlt, erleuchtet unsere Herzen!» Soweit sind wir leider noch nicht. Freilich wurde dem Gemeinsamen Markt im Laufe der Konferenz von Den Haag eine neue Vitalität eingeimpft, und es herrscht im Rahmen der Sechs ein kräftiger guter Wille, der als Ausgangspunkt wichtiger Ereignisse dienen kann; man sollte diese jedoch als Basis und nicht als Endziel betrachten.

Der Europa-Gedanke

Schon im Jahre 1600 erwähnte in seinem grossen «Plan» der französische Minister Sully, Berater von König Heinrich IV., die erwünschte Möglichkeit der Schaffung eines sogenannten «besseren Europas». Der Abbé de Saint-Pierre (1658–1743) begeisterte sich an seinem Wort, das für ihn alle Hoffnungen zu bergen schien: nämlich dasjenige des Europäers. Voltaire, Diderot, J. J. Rousseau beeinflussten durch Schrift und Wort die ganze europäische Geisteshaltung.

Einige markante Daten und Ereignisse: das seltsame Gespräch zwischen Napoleon und Goethe in Erfurth, die Ausstrahlung des Code Napoleon in Bayern, auf dem kulturellen Gebiet die Rolle verschiedener Mitglieder des Hauses Bonaparte in Holland, Württemberg und Westfalen. Die heutigen Bestrebungen um ein vereinigtes Europa wären ein gutes Stück weiter voran, wenn die napoleonische Zeit der Rechtsvereinheitlichung wenigstens im Gebiet der Europa-«Cislimitica» wirksam geworden wäre. Als Napoleon im steilen Aufstieg sein Reich ausdehnte, hatte Europa die grosse Chance der politischen und damit kulturellen, der rechtspolitischen,

der rechtswissenschaftlichen und rechtspraktischen Einigung; das Wirtschaftliche wäre automatisch gefolgt. Wir Europäer haben als Bleibendes aus dieser Zeit übernommen, dass sich Europa trotz allem und heute mehr denn je bereitet – wenn auch auf einem noch zu eingeschränkten Gebiet – eine Einheit in der Wirklichkeit des Lebens zu bilden.

Pierre-Joseph Prudhon (1809–1886), Gegner des Kommunismus und des Kapitalismus, der sich von jeder Partei zurückhielt, präkonisierte eine Sozialrevolution, ermöglicht durch eine föderalistische Regierung, in der Bourgeoisie und Proletariat, Kapital und schaffende Welt ausgeglichen wären. Der französische Botschafter Jean Hennessy, Freund Stresemanns und Briands, und Prof. Charles Brun zählten vor dem II. Weltkrieg zu den prominentesten Disziplinen Prudhons.

Die absolute Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der europäischen Produktions- und Aufbaukräfte wurde mit Hilfe Amerikas ab 1945 in einer evolutiven Form mit dem Marshall-Plan verwirklicht. Die Amerikaner hatten damals aus taktischen und ideologischen Gründen das grösste Interesse, Europa vor dem ökonomischen Zusammenbruch zu retten. Die Aktion des Marshall-Planes zeigte sich erfolgreich. – Aus Frankreich kam dann der Gedanke, eine beschränkte, aber kohärente Gemeinschaft zu bilden (Kohle-Stahl). Negative und positive Erfahrungen führten zum heutigen, noch weit unvollendeten Gemeinsamen Markt, der in sich eine enorme potentielle Kraft und Entfaltungsmöglichkeiten trägt. Es war ursprünglich von manchen – u. a. Jean Monnet – daran gedacht, eine amerikanische Vorherrschaft zu akzeptieren; andere – darunter General de Gaulle – zogen das Bestehen einer dritten Mittelmacht zwischen dem amerikanischen

Kapitalismus und dem sowjetischen System vor. Die unmittelbare Zukunft wird vielleicht erweisen, ob ein europäisches Europa ohne eine supranationale Organisation auf die Dauer bestehen kann und in der Lage ist, sich fruchtbar zu entwickeln.

Auf dem politischen Gebiet bietet Europa heute wenig Erneuerungen der Zivilisation an; Neuheiten kommen aus Sowjetrussland, Amerika und China... Europa bildet noch keine gewichtige Einheit.

Mit dem Erscheinen von Willy Brandt am internationalen Horizont und der Auflockerung der französischen Aussenpolitik – wenn auch im Rahmen der gleichen Prinzipien – sind die Verbindungen zwischen Paris und Bonn wieder lebendiger geworden. Die Aktion beider Nationen wird dadurch wirksam ergänzt.

De Gaulle gegen Privilegien

Als Grossbritannien seinerzeit Ansprüche erhob, sich dem Gemeinsamen Markt als privilegiertes Mitglied anzuschliessen, stellte sich General de Gaulle dagegen. England hoffte damals Vorteile zu erzielen, die den Verlust seines Commonwealth ausgleichen sollten. Die englische Bevölkerung begeisterte sich zur Zeit nicht aus rein materiellen Gründen für den Eintritt Grossbritanniens in den Gemeinsamen Markt; aber dieser Eintritt ist eine imperative Notwendigkeit geworden. Ohne England und die wertvollen Eigenschaften und charakteristischen Züge der Briten wäre es kaum möglich, ein repräsentatives und solides Europa aufzubauen. Die Verhandlungen werden kraft eines gemeinsamen Beschlusses der Sechs mit Grossbritannien geführt und sollen trotz aller möglichen Meinungsverschiedenheiten zu einem positiven Endergebnis kommen. Der Beitritt anderer Kandidaten – Irland, Dänemark, Norwegen – würde dann in einer gespannten Atmosphäre folgen. Es ist falsch zu denken, dass die Schaffung eines soliden Europas die heutige Entspannungspolitik gefährden könnte. Es ist selbstverständlich, dass Sowjet-

Wenn die Maschine in Gang gesetzt ist...

russland nur einem gleichmächtigen und homogen schaffenden Gegner Konzessionen bewilligt. Es ist aber auch verständlich, dass es sich die Sowjets nicht erlauben können, über gewisse Konzessionen hinauszugehen – schon aus reinen Sicherheitsgründen. Rotchinas Ausdehnungstendenzen könnten sich rasch als gefährlich offenbaren.

Der Gemeinsame Markt bietet uns eine grosse Hoffnung: er ist der gesunde Kern, aus dem sich das Schicksal der kommenden Generationen ändern und bessern kann.

Die Wissenschaft mit ihren splendiden und doch erschreckend unkontrollierten Errungenschaften, die revolutionäre Geschwindigkeit mancher Neuerungen, die sich leicht als schädlich erweisen, zerstören und zerschmettern die natürliche Evolution der Menschheit, die offensichtlich nicht immer ihrer Intelligenz würdig ist. Das Wissen allein genügt nicht, um das Leben zu verschönern, internationale Verbindungen zu verbessern, Elend auszumerzen. Eine berechtigte Begeisterung hilft manchmal mehr als die trockene, seelenlose Wahrheit der kompetentesten Technokraten. Das Konzept Europa beschränkt sich heute noch zu sehr auf Handelsverträge. Gewiss ist es die Pflicht der Wissenschaftler und Technokraten, Entwürfe auszuarbeiten und theoretisch Lücken auszufüllen, aber das Menschliche bleibt doch die Sorge eines jeden. Europa ist nicht nur ein wirtschaftliches und politisches Konzept, sondern vielmehr eine Geisteshaltung. Europa bleibt ein Ziel mit menschlichen Aufgaben.

In der Bundesrepublik Deutschland leben noch etwa 2000 Kinder, die infolge von «Contergan» mit Stummelarmen oder verkrüppelten Beinen auf die Welt gekommen sind. Die Verantwortlichkeit des Contergan-Herstellers, nämlich der «Chemie Grünenthal», ist Gegenstand eines Monsterprozesses.

Darüber hinaus aber hat die «Chemie Grünenthal» sich nun bereit erklärt, eine einmalige Summe von rund hundert Millionen Mark auf den Tisch zu legen, womit tatsächlich ein grosser Teil der finanziellen Probleme, die sich den Eltern der armen Kinder stellen, aus der Welt geschafft würde. Die «Chemie Grünenthal» hat an diese Offerte allerdings eine doppelte Bedingung geknüpft: Erstens einmal will sie die Gewähr haben, dass sie damit von «allen weiteren Risiken» befreit sei, und zweitens darf das Geld nur wirklich den Kindern, nicht aber der Staatskasse zugute kommen.

Die erste Bedingung bringt den Staat mit dem Prinzip der Unabhängigkeit der Justiz in Konflikt. Über zweihundert Tage lang ist in Alsdorf ja bereits verhandelt worden, und die Verfügung des Staates auf Einstellung des Prozesses käme einer ungehörigen Einmischung in ein schwebendes Verfahren gleich. Ohne eine solche Verfügung aber hätte die «Chemie Grünenthal» nicht die Garantie, dass sie über die offerierten hundert Millionen hinaus nicht letzten Endes doch noch zu weiteren Leistungen verpflichtet werden könnte. Es bliebe also die andere Lösung: das Ende des Prozesses abwarten. Dann aber müssten die hundert Millionen auf praktisch unbestimmte Zeit hinaus blockiert bleiben, was wiederum nicht im Interesse der notleidenden Eltern wäre.

Von den Eltern selbst aber kommt eine weitere Schwierigkeit. Es hat darunter auch solche, die keine finanzielle Not leiden und denen es nicht um diesen oder jenen Geldbetrag, sondern vielmehr um die Gerechtigkeit, also um die Bestrafung der Schuldigen geht. Solange aber auch nur ein Elternpaar am Prozess festhält, muss er bis zum Ende geführt

werden, selbst wenn der Staat ganz gerne zu einer anderen und zwar effektiveren Lösung Hand bieten würde.

Man sprach auch davon, dass der Staat der «Chemie Grünenthal» gegenüber die Verpflichtung eingehen könnte, allfällige, über die hundert Millionen Mark hinausgehende Risiken auf sich zu nehmen. So würde zwar die genannte Summe flüssig gemacht, aber es entstünde eine Rechtsungleichheit, weil nämlich jede andere eingeklagte Firma sonst das gleiche Recht beanspruchen, also die über eine einmalige Offerte hinausgehenden Risiken dem Staat übertragen lassen könnte.

Einfacher scheint die Erfüllung der zweiten Forderung, denn dass das Geld nicht in die Staatskasse fliessen sollte, dürfte doch selbstverständlich sein. So klar ist die Sachlage aber doch nicht, denn die Sozialhilfeträger, die bereits bis zu 30 000 Mark pro Kind geleistet haben, leiteten – nach dem Buchstaben des Gesetzes völlig korrekt – etwaige Ansprüche der Kinder gegenüber Grünenthal auf sich selbst über.

Schliesslich taucht noch die Frage auf, ob eine aus den hundert Millionen resultierende finanzielle Leistung als «laufendes Einkommen» zu versteuern wäre. Wenn ja, so würden die finanziell gut gestellten Eltern allein davon profitieren, was wiederum zu einer Ungerechtigkeit führen müsste.

Wie man sieht; der Staat hat so oder so immer die Finger im Spiel, und nicht einmal mehr der gute Wille einer Firma, die mindestens moralisch für unsägliches Leid verantwortlich gemacht werden muss, kann ohne den guten Willen des Staates honoriert werden.

Eine Katastrophe, die vor rund einem Jahrzehnt begann, weil die staatlichen Schutzmassnahmen nicht wirksam genug waren, kann heute, weil der staatliche Apparat zu schwerfällig ist, nicht ohne weiteres überwunden werden. Sollen deshalb nun die Paragraphen verschwinden? Wer dies fordert, muss sich der daraus erwachsenden Nachteile bewusst werden.

